

Halberstädter kommentieren das gestrige Urteil

„Wir brauchen mehr Zivilcourage“

Gestern fielen die Urteile gegen die Angeklagten von Halberstadt. Volksstimme bat Prof. Dr. Rainer O. Neugebauer, Mitglied im Bürger-Bündnis für ein gewaltfreies Halberstadt, um seine Einordnung des Urteils und der Konsequenzen.

Von Prof. Dr. Rainer O. Neugebauer



Prof. Dr. Rainer O. Neugebauer

Halberstadt. Fast ein Jahr nach dem Überfall rechter Schläger auf das Theaterensemble hat das Amtsgericht das Urteil gefällt. Der hakenkreuztätowierte, mehrfach vorbestrafte Hauptangeklagte erhielt zwei Jahre Freiheitsstrafe ohne Bewährung. Drei Mitangeklagte wurden freigesprochen, weil man ihnen keine konkrete Tatbeteiligung nachweisen konnte. Dies entspricht rechtsstaatlichen Prinzipien, ist aber trotzdem schwer auszuhalten, denn am 9. Juni 2007 sind die Künstler des Nordharzer Städtebundtheaters von mindestens acht bis zehn Gewalttätern zusammengeschlagen worden. Fünf Ensemblemitglieder wurden verletzt, zwei davon potentiell lebensgefährlich. Einige Opfer leiden immer noch an den Folgeschäden. Vorher gelang es einer couragierten Sängerin noch, durch eine überlegte verbale Abwehr einen ersten drohenden Angriff zu unterbinden.

Die herbeigerufene Polizei war der Situation in keiner Weise gewachsen, die Polizeiführung sprach selbst von einem chaotischen Einsatz. Die Staatsanwaltschaft hat zwar zügig Anklage erhoben, aber ihr sind gravierende Ermittlungsfehler unterlaufen. Im Gegensatz zur Polizei hat es allerdings bei der Staatsanwaltschaft nicht einmal einen Ansatz von Selbstkritik gegeben. Als dann noch das Gericht keine Anzeichen für eine gemeinschaftlich geplante Tat erkennen wollte, nahm ein überaus problematisches Verfahren seinen ungunstigen Lauf. Auch die hartnäckigen Bemühungen der Nebenklägeranwälte, durch eine Vielzahl von Beweisanträgen die Ermittlungsfehler zu korrigieren, waren leider erfolglos. Am Anfang dieser Versäumnisse von Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht steht allerdings das Versagen der Bürgergesellschaft. Denn in dem Gerichtsverfahren wurde auch deutlich, dass es

schätzungsweise 20 bis 50 Zeugen am Tatort oder in dessen unmittelbaren Nähe gab. Niemand hat sich freiwillig gemeldet, die wenigen ermittelten Zeugen haben angeblich alle nichts gesehen.

Die Wirkung des Prozesses ist zunächst fatal. Fatal als erstes für die Opfer, die zum Teil das Vertrauen in den Rechtsstaat verloren haben, vor allem aber immer damit rechnen müssen, ihren Peinigern in Halberstadt über den Weg zu laufen. Fatal ist die Signalwirkung an die gewaltbereiten Rechtsextremisten, die sehen, wie leicht man davonkommen kann. Fatal ist die Wirkung des Prozesses auch auf die Bürger, die vor Ort gegen Neo-Nazis und den Rechtsextremismus kämpfen, denn nicht wenige fühlen sich entmutigt. Wir dürfen aber den rechten Schlägern und ihren



300 Menschen demonstrieren in Halberstadt gegen Neonazis.

Fotos: Archiv/Stadtverwaltung

propagandistischen Ziehvätern, den Neo-Nazis und der NPD, nicht das Feld überlassen. Deshalb kann der Ausgang des Prozesses für Halberstadt und den Harzkreis nur bedeuten, dass die Zivilgesellschaft in ihren Anstrengungen nicht nachlassen darf, zumal es in den vergangenen zwölf Monaten weitere, teilweise gefährlichere Übergriffe von rechten Gewalttätern gegeben hat.

Vor allem aber, und darauf hat zur Eröffnung des Dominoschatzes der Bundespräsident nachdrücklich hingewiesen: Der Kampf gegen den Rechtsextremismus muss auch in der Politik

und der Verwaltung nachhaltig verankert sein. Was nach dem gestrigen Urteil zu tun ist, war auch schon vorher notwendig, nämlich verstärkte Präventionsarbeit gegen den Rechtsextremismus auch seitens der Stadt und des Landkreises. Dazu gehört unter anderem die gekürzten Mittel für die soziale Vereins- und Jugendarbeit wieder zu erhöhen. Es muss ernsthaft über den Einsatz von Streetworkern nachgedacht werden. Das soziokulturelle Zentrum Zora, das immer wieder Ziel rechter Angriffe ist, braucht stärkere Unterstützung. Der auf Initiative des Bürger-Bünd-

nisses eingerichtete Präventionsrat des Landkreises sollte nach dem Vorbild von Pirna eine hauptamtlich besetzte Koordinierungsstelle einrichten.

Diese und andere Maßnahmen sind nur ein erster Schritt und werden sicherlich den nächsten gewaltsamen rechten Übergriff nicht 100-prozentig verhindern können. Aber vielleicht können diese Maßnahmen in Verbindung mit mehr Zivilcourage dafür sorgen, dass die propagandistische Arbeit der Neo-Nazis erschwert und dass die Schläger in Zukunft konsequenter zur Verantwortung gezogen werden.



Marie-Friederike Schöder, Opfer, Sängerin am Nordharzer Städtebundtheater: „Ich bin noch erschüttert über die Polizei, die uns nicht geholfen hat. Bis jetzt gibt es von ihr keine Entschuldigung uns Opfern gegenüber. Hätte die Polizei damals ihre Arbeit richtig gemacht, wären wesentlich mehr angeklagt gewesen. Von denen wären garantiert mehr hinter Gitter gegangen. Dabei ist Gefängnis für mich keine Lösung des rechtsradikalen Problems.“



André Bucker, Intendant des Nordharzer Städtebundtheaters: „Das Urteil war zu erwarten, weil es anscheinend keine eindeutige Beweislage gegen drei Angeklagte gab. Doch Fragen bleiben: Waren sie es wirklich nicht oder gab es nur keine ausreichenden Beweise? Wenn die drei jetzt freigesprochen es nicht waren, wer war es dann? Und warum wurden diese Täter nicht ermittelt? Das Vertrauen der Opfer in die Ermittlungstätigkeit ist nachhaltig geschädigt.“



Dr. Volker Bürger, Stadtratspräsident: „Ich bin damit erst einmal zufrieden, dass der Überfall auf unsere Theaterleute nun seiner gerichtlichen Abschluss gefunden hat. Damit wird der Tätergruppe gezeigt, dass wir Gewalt und Extremismus nicht tolerieren. Nicht verständlich sind für mich die Freisprüche. Außerdem hätte mir gewünscht, dass das Gerichtsverfahren wesentlich schneller eingeleitet und zum Abschluss gekommen wäre.“



OB Andreas Henke: „Wenn man alles berücksichtigt: die Polizeipannen, die verzögerte Prozessaufnahme bis hin zu den erst sehr spät aufgetauchten Ermittlungsakten, ist der Urteilspruch nicht überraschend, aber ein fatales Signal vor allem für die Opfer und die, die sich aktiv und engagiert gegen rechte Gewalt einsetzen. Ich hätte mir ein anderes Strafmaß gewünscht. Dennoch muss man akzeptieren, dass für ein Strafmaß die Schuld zweifelsfrei bewiesen werden muss.“